

BESCHLUSSVORLAGE

- öffentlich -

Ref.2/016/2020

STADT **SCHWABACH**



Die Goldschlägerstadt.

Sachvortragende/r	Amt / Geschäftszeichen
Stadtrechtsrat Knut Engelbrecht	Referat für Recht, Soziales und Umwelt

Sachbearbeiter/in: Knut Engelbrecht

Beteiligung der Stadt Schwabach am Städtebündnis "Sichere Häfen"

Anlagen: Antrag vom 17.06.2020
Potsdamer Erklärung

Beratungsfolge	Termin	Status	Beschlussart
Hauptausschuss	21.07.2020	nicht öffentlich	Beschlussvorschlag
Stadtrat	24.07.2020	öffentlich	Beschluss

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Schwabach unterstützt die Ziele des Städtebündnisses „Sichere Häfen“ und ist bereit, sich an der Aufnahme Unbegleiteter Minderjähriger aus den Flüchtlingslagern in Griechenland im Rahmen einer Lösung der Städteachse zu beteiligen.

Finanzielle Auswirkungen	Ja	x	Nein
Kosten lt. Beschlussvorschlag			
Gesamtkosten der Maßnahme davon für die Stadt			
Haushaltsmittel vorhanden?			
Folgekosten?	Ggf. könnten bei einer Umsetzung zusätzliche Kosten entstehen, deren Höhe ist derzeit noch nicht abschätzbar.		

Klimaschutz	
I. Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:	II. Wenn ja, negativ: Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Ja, positiv*	<input type="checkbox"/> Ja*
<input type="checkbox"/> Ja, negativ*	<input type="checkbox"/> Nein*
<input checked="" type="checkbox"/> Nein	

*Erläuterungen dazu sind im Sachvortrag aufzuführen.

I. Zusammenfassung

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die FDP-Gruppe und der Stadtrat der Linken beantragten mit Schreiben vom 17.06.2020 den Beitritt der Stadt Schwabach zum Städtebündnis „Sichere Häfen“. Das Bündnis sichere Häfen setzt sich allgemein für die zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen in eigener Entscheidung der Kommunen sowie für eine Lockerung der EU-Flüchtlingspolitik ein.

II. Sachvortrag

1. Einleitung

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die FDP-Gruppe und der Stadtrat der Linken beantragten mit Schreiben vom 17.06.2020 den Beitritt der Stadt Schwabach zum Städtebündnis „Sichere Häfen“. Mit dem Eintritt in dieses Bündnis erkläre sich die Stadt bereit, freiwillig unbegleitete und/oder kranke Kinder aus EU-Flüchtlingslagern zusätzlich aufzunehmen. Die Stadtverwaltung möge zusätzlich darlegen, welche und wie viele Kapazitäten für die Aufnahme von allein reisenden Kindern vorhanden sind.

2. Bündnis Sichere Häfen

Bei dem Städtebündnis „Sichere Häfen“ handelt es sich um eine am 12.06.2019 gegründete Initiative, die nach Ansicht der Gründungsmitglieder einen kommunalen Gegenpol zur auf Abgrenzung und Grenzschutz ausgerichteten Flüchtlingspolitik der Europäischen Union bilden soll. Anlass war ein Kongress der Initiative "Seebrücke". Diese ist insbesondere durch den Betrieb des Seenotrettungsschiffes „Sea Watch“ vor der libyschen Küste bekannt geworden.

Gründungsmitglieder des Bündnisses waren 12 deutsche Städte, nämlich Berlin, Detmold, Freiburg, Flensburg, Greifswald, Hildesheim, Kiel, Krefeld, Marburg, Potsdam, Rostock und Rottenburg am Neckar. Die Initiative zur Gründung ging von der Landeshauptstadt Potsdam aus, die einige Tage zuvor die Potsdamer Erklärung verabschiedet hatte (vgl. Anlage). Diese ist auch Arbeitsgrundlage des Städtebündnisses. Bis Ende 2019 ist das Bündnis auf 41 Kommunen angewachsen. Die Koordination hat Potsdam übernommen. 120 Kommunen (Stand Januar 2020) unterstützen insgesamt den Aufruf.

Die im Bündnis zusammengeschlossenen Städte erklären ihre Bereitschaft, aus Seenot gerettete Menschen – also nicht nur unbegleitete Minderjährige - zusätzlich zu den nach dem Königsteiner Schlüssel verteilten Geflüchteten aufzunehmen. Sie fordern die Bundesregierung auf, diese Aufnahme zu ermöglichen und allen aus Seenot geretteten Geflüchteten ein rechtsstaatliches Asylverfahren zu eröffnen. Zu den Kommunen, die sich zu "sicheren Häfen" erklärt haben, zählen die Landeshauptstädte Mainz, Wiesbaden, Hannover und Kiel, aber auch z.B. Mannheim und einige kleinere Kommunen wie Brilon im Sauerland, Maintal (Main-Kinzig-Kreis), der Kreis Nordfriesland und die Insel Sylt.

In der Potsdamer Erklärung heißt es zu den Zielen des Bündnisses:

„Als ‚Städte Sicherer Häfen‘ fordern wir von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die schnellstmögliche Zusage, dass wir aufnahmebereiten Kommunen und Gemeinden die aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten auch aufnehmen können. Wir fordern die Bundesregierung und den Bundesinnenminister auf, uns ‚Städte Sicherer Häfen‘ bei der praktischen Aufnahme, der Unterbringung und der Finanzierung zu unterstützen.“

Das erste Arbeitstreffen des Städtebündnisses fand am 1. Oktober 2019 in Rottenburg am Neckar statt. Eingeladen waren die Vertreter*innen aller Städte, die sich bis dahin zum Sicheren Hafen erklärt hatten. Als Ergebnis hielten die vertretenen Mitglieder des Bündnisses fest:

„1. Die Bündnisstädte verstehen sich als humanitäre Wertegemeinschaft mit hoher Kompetenz für die Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen und bekräftigen ihr Angebot der zusätzlichen Aufnahme aus humanitären Notlagen im Mittelmeerraum.“

2. Die Bündnisstädte fordern die Bundesregierung über die jetzt gefundene ad-hoc-Lösung auf, sich für eine langfristige Lösung zur Sicherung der Aufnahme aus Seenot geretteter Menschen auf europäischer Ebene einzusetzen und dazu jetzt einen eigenen Beitrag zu leisten. Seenotrettung ist kein Verbrechen und braucht sichere Häfen.

3. Die Bündnisstädte fordern die Bundesregierung auf, Transparenz im Verteilungsverfahren zu schaffen und ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen, ihr Angebot umzusetzen. Die kommunale Aufnahme und erfolgreiche Integration braucht eine auskömmliche finanzielle und organisatorische Unterstützung.

4. Die Bündnisstädte intensivieren die erfolgreiche Bündnisarbeit und vernetzen sich stärker auf Landesebene und über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus.“

Darüber hinaus sollen Sichere Häfen nach den Angaben der hinter dem Bündnis stehende Initiative (<https://seebruecke.org/sichere-haefen/sichere-haefen/>) im Namen ihrer BürgerInnen die Entkriminalisierung der Seenotrettung und neue staatliche Rettungsmissionen. Sie heißen Geflüchtete in ihrer Mitte willkommen – und sind bereit, mehr Menschen aufzunehmen, als sie müssten. Gemeinsam bilden die Sicheren Häfen eine starke Gegenstimme zur Abschottungspolitik der Bundesregierung. Dies solle laut, unbequem und medienwirksam erfolgen. Nach Ansicht der Initiatoren dürfe sich dieses Engagement aber nicht Symbolpolitik beschränken-Sichere Häfen müssten darüber hinaus auch ihre politischen Möglichkeiten nutzen, um tatsächliche Veränderungen in der Migrations- und Aufnahmepolitik zu erreichen. Nur dies bewirke Verbesserungen für Menschen auf der Flucht. Kommunen dürften bis heute nicht selbstbestimmt über die Aufnahme geflüchteter Menschen entscheiden. Diese Entscheidung trafen die Nationalstaaten. Und in Deutschland mauere die Bundesregierung. Deshalb seien die Sicheren Häfen blockiert und können geflüchteten Menschen kaum helfen. Deshalb stelle man auch Forderungen, mit denen Sichere Häfen die Migrationspolitik verändert werden solle. Sichere Häfen sollen sich für neue und stärkere Programme zur legalen Aufnahme geflüchteter Menschen stark machen – und selbst mehr Kompetenzen fordern, um auch eigenständig Menschen helfen zu können. Sie sollen deutlich signalisieren, dass sie bereit sind, mehr Menschen als bisher aufzunehmen. Sie sollen alle nötigen Ressourcen für die menschliche Versorgung und die gesellschaftliche Teilhabe der Ankommenden bereitstellen. Und sie sollten sich energisch für sichere Bleibeperspektiven der Menschen einsetzen.

Der Beitritt in das Bündnis erfolgt durch Übernahme der Potsdamer Erklärung sowie der 4-Punkte-Erklärung. Auch eine teilweise Übernahme der Ziele ist möglich. Allerdings erwartet das Bündnis mittelfristig die Übernahme aller Ziele und ein konkretes Engagement. In Bayern sind derzeit acht Städte Mitglied des Bündnisses: München, Nürnberg, Erlangen, Fürth, Bamberg, Würzburg, Aschaffenburg, Passau und Regensburg.

3. Aufnahme minderjährigen Flüchtlinge

Derzeit betreut das Jugendamt der Stadt Schwabach fünf Unbegleitete Minderjährige Ausländer (UMA). Die derzeit nach dem Königsberger Schlüssel für die Stadt geltende Verteilungsquote beträgt 10 UMAs. Grundsätzlich wäre aus Sicht des Amtes die Aufnahme weitere drei UMAs vorstellbar. Allerdings ist die Quote derzeit deswegen nicht erfüllt, weil die Zahl der derzeit ins Bundesgebiet gelangenden UMAs relativ niedrig.

Anzumerken ist allerdings, dass es in Schwabach derzeit keine geeignete Einrichtung für die Betreuung von UMA mehr gibt. Es muss daher erst ein Platz in einer Einrichtung außerhalb von Schwabach gesucht werden. Aufgrund deren Vorgeschichte ist bei Kinder und Jugendlichen aus EU-Flüchtlingslagern mit einem erhöhten pädagogischen und psychologischen Hilfsbedarf zu rechnen. Dies kann zu erheblichen Kosten führen. Die sich hieraus, aber auch aus der Tatsache, dass es sich um „freiwillig“ übernommene Flüchtlinge handelt, ergebenden Rechts- und Kostenfragen müssten ggf. noch geklärt werden. Die Stadt Nürnberg erklärte sich beispielsweise im März zur Aufnahme von UMA im Rahmen einer Aufnahmelösung für in griechischen Lagern gestrandete Menschen bereit, machte dies aber davon abhängig, dass die Kostentragung entsprechend der im Rahmen des Kontingents zugewiesenen Kinder- und Jugendlichen erfolge. In diesen Fällen trägt die Kosten der Bezirk

Mittelfranken. Die Frage ist derzeit aber noch ungeklärt.

4. Aufnahme erwachsener Flüchtlinge

Grundsätzlich wäre auch die Aufnahme erwachsener Flüchtlinge möglich. Derzeit erfüllt Schwabach auch hier nicht seine aus dem Königsberger Schlüssel ergebenden Quoten. Dies allerdings auch insbesondere deshalb, weil derzeit die Zahl der eintreffenden Flüchtlinge relativ gering ist und die Mehrzahl in den zentralen Aufnahmeeinrichtungen und Staatlichen Unterkünften untergebracht sind. Insoweit ist die Situation hier anders als in den anderen am Bündnis beteiligten Kommunen. Während in Bayern eine Unterbringung von Flüchtlingen bis zum Abschluss des Asylverfahrens derzeit fast ausschließlich durch den Staat erfolgt, sind in anderen Ländern die Kommunen hierfür zuständig.

III. Kosten

Durch den Beitritt zum Bündnis zunächst keine bis auf die Betreuung der Mitgliedschaft. Bei einer ernsthaften Umsetzung der Ziele des Bündnisses können unter Umständen zusätzliche Kosten für die Betreuung, Unterbringung, Versorgung und Integration von UMAs und erwachsenen Flüchtlingen entstehen. Deren Höhe ist derzeit noch nicht abschätzbar.

IV. Klimaschutz

Keine Auswirkungen.